



## Änderungsantrag

der Fraktion der SPD

zum Antrag „Vertrauen in den Rechtsstaat stärken!“ (Drucksache 20/825)

Der Landtag wolle beschließen:

Der Antrag wird wie folgt geändert:

Nach dem dritten Absatz werden folgende neue Absätze eingefügt:

Die Landesregierung wird darüber hinaus gebeten, eine landesweite Strategie im Umgang mit solchen Menschen zu entwickeln, die infolge ihrer psychischen oder sozialen Disposition, aufgrund von Gewalttätigkeiten, massiven Verstößen gegen die Hausordnungen oder sonstigen erheblichen Störungen des Zusammenlebens nicht mehr in Unterkünften für Obdachlose oder Geflüchtete oder vergleichbaren Einrichtungen verbleiben können. Dieses ist insbesondere durch die Schaffung kleinerer Einrichtungen mit besonderen Betreuungsmöglichkeiten oder präventiv durch eine intensivere psychosoziale Betreuung der Betroffenen und Unterstützung des Personals der jeweiligen Einrichtung sicherzustellen. Das Ziel dieser Maßnahmen muss es sein, einen Kontaktabbruch der Betroffenen mit den staatlichen Hilfseinrichtungen und ihr unkontrolliertes Untertauchen in der Obdachlosigkeit zu verhindern. Die Polizei und andere Institutionen wie Ausländerbehörden, Jobcenter usw. sind in diesen Prozess je nach Zuständigkeit einzubinden.

Bei der Umsetzung der vorstehenden Maßnahmen ist eine über die Landesgrenzen hinausgehende Vernetzung von Behörden und Institutionen anzustreben, um einerseits den Informationsaustausch über die Betroffenen sicherzustellen und andererseits zu verhindern, dass diese nach einem Wechsel in ein anderes Bundesland für die Maßnahmen nicht mehr erreichbar sind.

Niclas Dürbrook  
und Fraktion